



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Alexander König, Markus Blume, Erwin Huber, Oliver Jörg, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Petra Guttenberger, Christine Haderthauer, Hans Herold, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Sandro Kirchner, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Tobias Reiß, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Berthold Rüh, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Harald Schwartz, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Überprüfung der Zusammensetzung von Rundfunkrat und Medienrat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, die Regelungen zur Zusammensetzung des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks und des Medienrats der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien in der kommenden Legislaturperiode zu überprüfen. Bei einer Änderung der im Bayerischen Rundfunk- bzw. Mediengesetz festgelegten Zusammensetzung der Gremien soll der Landtag den Vorschlag eines Sitzes für die Bürgerallianz Bayern in die Gesetzesberatungen einbeziehen.

Begründung:

Zur Sicherung von Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Rundfunk in Bayern hat der Gesetzgeber in der laufenden Legislaturperiode bereits Änderungen in der Zusammensetzung der Gremien vorgenommen, die erst zum 01.05.2017 wirksam geworden sind.

Gleichwohl kommt dem Gesetzgeber die Aufgabe zu, die Zusammensetzung der Gremien immer wieder daran zu messen, inwieweit sie den aktuellen verschiedenartigen gesellschaftlichen Strömungen und Kräften Rechnung trägt, und einer Versteinerung der Gremien entgegenzuwirken. Das bedarf jedoch jeweils eines sorgfältigen und umfassenden Abwägungsprozesses, nicht zuletzt auch angesichts der praktischen Notwendigkeit, die Zahl der Sitze in den Gremien begrenzt zu halten. Eine Entscheidung, davon losgelöst punktuell einzelnen Verbänden einen Sitz zuzuweisen, wird den entsprechenden Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts insoweit nicht gerecht.

Die Bürgerallianz Bayern repräsentiert ein breites Bündnis von Vereinen und Verbänden, die durch ihr ehrenamtliches Engagement einen wichtigen und wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in Bayern leisten. Der Vorschlag eines Sitzes für die Bürgerallianz Bayern in den Aufsichtsgremien soll daher bei einer Änderung der Zusammensetzung in die Gesetzesberatungen einbezogen werden.